

Auf dem Weg, Sprechfähigkeit und Dialog herzustellen

Die Kontaktstelle für Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten hat ihre Arbeit aufgenommen



Hans-Georg Moek ist Leiter der Abteilung Kommunikation bei der Kulturstiftung der Länder in Berlin

Im September 2020 begann der Artikel einer Tageszeitung mit den Worten: »Es ist ein gutes Zeichen, dass es endlich eine Kontaktstelle für Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten in Deutschland gibt. Wichtig ist, dass sich ihre Existenz trotz des komplizierten Namens schnell herumspricht.« Beides ist richtig. Die Existenz scheint sich gleichwohl – allmählich – herumsprechen. Es gibt erste Anfragen von Privatpersonen oder Institutionen aus Deutschland, die solche Objekte besitzen und diese zurückgeben wollen, aber auch von Menschen aus dem Ausland, die sich informieren wollen über bestimmte Gruppen von Sammlungsgütern. Naturgemäß sind solche Anfragen vertraulich, was der öffentlichen Kommunikation über die Kontaktstelle nicht unbedingt zuträglich ist. Schillernde Restitutionsgeschichten, nach denen regelmäßig Pressevertreter fragen, wären dankbarer.

Das Sprechen über den Umgang mit Objekten, die aus kolonialen Kontexten nach Deutschland gelangt sind, war nie ein leichtes. Viel zu lang haben kulturbewahrende Einrichtungen, hat die deutsche Gesellschaft dazu ge-

schwiegen. Und heute gibt es noch immer zu viele Fragen, die auf Antwort warten: Wie viele solcher Objekte gibt es in Deutschland und wo liegen sie? Von woher sind welche Objekte unter welchen Bedingungen nach Deutschland gelangt? Wie erfahren Herkunftsgesellschaften von deren Existenz und Verbleib? Und welche Bedeutung



hatten und haben diese Objekte für die kulturelle Identität in den Herkunftsstaaten und -gesellschaften? Das sind nur einige der Fragen, deren Beantwortung aussteht. Dass die Bedingungen der Möglichkeit ihrer Beantwortung und auch für den Umgang mit Kulturgut in Deutschland geschaffen werden sollen, war Inhalt eines Beschlusses der deutschen Kulturpolitik im März 2019.

Mit den Debatten um das Humboldtforum und der Veröffentlichung des Berichts über die Restitution afrikanischer Kulturgüter von Felwine Sarr und Bénédicte Savoy hatte das Thema auch in Deutschland an Dringlichkeit zugenommen. Noch kurz zuvor sprachen Medien der deutschen Kulturpolitik ab, überhaupt an Restitutionsinteressen interessiert zu sein, oder warfen ihr vor, auf Zeit zu spielen.

Im März 2019 verabschiedeten die Staatsministerin des Bundes für Kultur

Peitsche, Namibia, aus Besitz von Hendrik Witbooi, von deutschen Eroberern beim Sturm auf Hornkranz 1893 erbeutet
Foto: Linden-Museum Stuttgart

und Medien (BKM), die Staatsministerin im Auswärtigen Amt für internationale Kulturpolitik, die Kulturministerinnen und Kulturminister der Länder und die kommunalen Spitzenverbände gemeinsam die »Ersten Eckpunkte zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten«. Das Papier ist ein gemeinsames, ein gesamtgesellschaftliches Bekenntnis zur historischen Verantwortung, die sich aus dem deutschen Kolonialismus und von kolonialistischem Denken geprägten Handlungen ergeben haben. Es ist gleichermaßen sichtbarer Beleg eines funktionierenden Kulturföderalismus und der Beschlussfähigkeit einer gerade eben erst gegründeten Kulturministerkonferenz.

Bereits in dem »Eckpunktepapier« sind die Handlungsfelder für künftige weitere Konkretisierungen skizziert: Voraussetzung für die Aufarbeitung ist größtmögliche Transparenz der Sammlungsbestände. Dafür, so heißt es, bedürfe es der Dokumentation entsprechenden Sammlungsgutes und der Erforschung der Provenienz. Die kulturbewahrenden Einrichtungen und wissenschaftlichen Institutionen werden aufgefordert, die Erwerbsumstände von Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten transparent darzustellen und zu vermitteln. Nicht zuletzt sei »die generelle Bereitschaft zur Rückführung von Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten (...) in die Herkunftsstaaten und Herkunftsgesellschaften (...) wichtig für den von uns angestrebten partnerschaftlichen Dialog und eine aufrichtige Verständigung.«

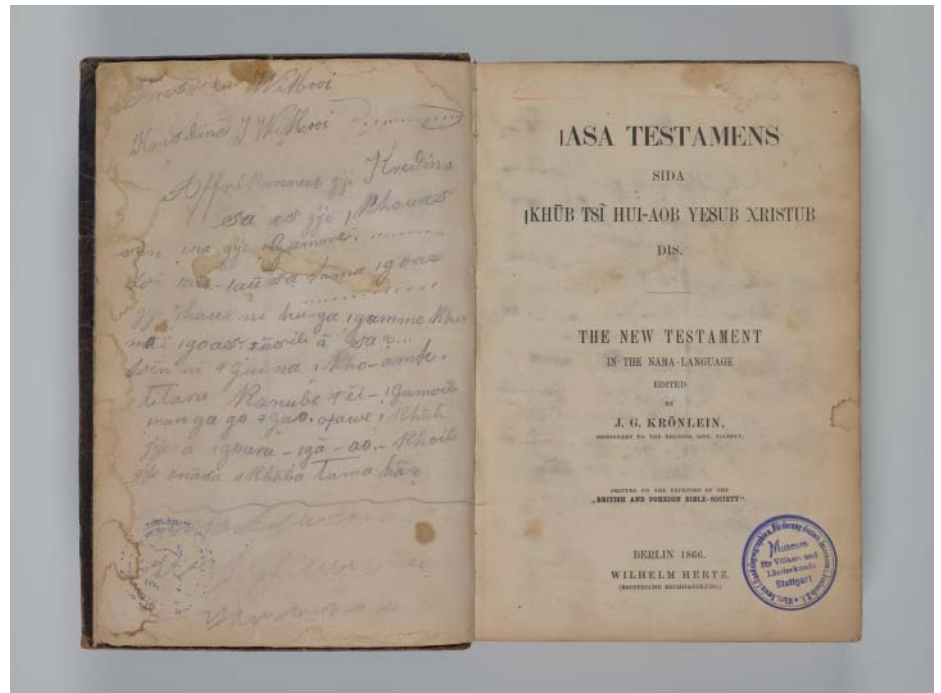
Es geht um die Herstellung von Sprechfähigkeit auf allen Seiten, explizit auch unter Einbindung der Vertreter von Herkunftsstaaten und -gesellschaften. Für sie dürfte bislang allein die Tatsache, dass die Kulturhoheit bei den Ländern liegt, bei Recherche und Auskunftsersuchen eine hohe Hürde darstellen. Und so ist auch die Entstehung einer »Kontaktstelle für Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten« in dem Eckpunktepapier festgelegt.

Das Konzept und der Beschluss zur Gründung dieser Kontaktstelle wurden schließlich im Oktober 2019 verabschiedet. Finanziert wird sie je zur Hälfte von den Ländern und dem Bund. Im August 2020 hat sie ihre Arbeit aufgenommen. Sie soll zunächst in einem dreijährigen Pilotprojekt erprobt und vor Ende der

Projektlaufzeit evaluiert werden. Ihre Aufgaben: Die Information und Beratung insbesondere von Personen und Institutionen aus Herkunftsstaaten und -gesellschaften, die einzelfallbezogene Weiterleitung von Anfragen und die Vernetzung von Personen und Institutionen im In- und Ausland und Aufbau von Netzwerken. In den kommenden Jahren wird sie Informationen und Daten sammeln, strukturieren, dokumentieren und veröffentlichen, die dem Reden über Sammlungsgut und Rückführungen sowie dem partnerschaftlichen Dialog und der Verständigung mit den Herkunftsgesellschaften eine Substanz geben.

Die Kulturstiftung der Länder bildet als administrativer und organisatorischer Träger der Kontaktstelle einen Verbund mit dem von BKM finanzierten Deutschen Zentrum Kulturgutverluste (DZK), der vom Auswärtigen Amt finanzierten, noch in Gründung befindlichen Agentur für Internationale Museumskooperationen (AIM) sowie den kommunalen Spitzenverbänden. Zentrales Steuerungs- und Aufsichtsgremium ist die Bund-Länder-AG.

Am 24. November 2020 hat die »Kontaktstelle« erstmals eine digitale Netzwerkkonferenz »Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten« ausgerichtet.



Familienbibel von Hendrik Witbooi, erbeutet von deutschen Eroberern beim Sturm auf Hornkranz 1893
Foto: Linden-Museum Stuttgart

Wohlgermerkt: Der Weg, die Bemühungen, Sprechfähigkeit herzustellen, Restitutionen zu ermöglichen, die Verständigung mit den Herkunftsstaaten und -gesellschaften zu befördern, ist kein Projekt, das die Kontaktstelle allein leisten soll, kann und wird. Einbezogen sind, das ist die Voraussetzung für das Gelingen, alle in Deutschland für den Prozess politisch Verantwortlichen. Hinzu kommen die betroffenen Institutionen, die, das soll nicht unerwähnt bleiben, bereits auf dem Weg sind, beispielsweise mit der Digitalisierung von Beständen, mit der Erforschung und der Vermittlung von Provenienzen, aber auch mit bereits geglückten Restitutionen. Einbezogen werden sollen aber auch Vertreterinnen und Vertreter der Herkunftsgesellschaften.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft nahm dies zum Anlass, die Aufgaben der »Kontaktstelle« europäischen und internationalen Akteuren zu präsentieren und Interessen von Personen und Institutionen in den Herkunftsstaaten und -gesellschaften sowie in Deutschland und Europa zu identifizieren. Teilgenommen haben Vertreterinnen und Vertreter von kulturgutbewahrenden Institutionen in Europa aber auch der Herkunftsstaaten und -gesellschaften.

Die Veranstaltung war ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zur Auseinandersetzung Deutschlands mit seiner Geschichte, vor allem aber der Verständigung und der Versöhnung mit denen, die heute noch die Folgen des deutschen Kolonialismus zu tragen haben. ■